Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

BSBD dbb cesi

E 5604

Der Vollzugsdienst

2/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Glückwunsch an Dr. Katarina Barley zu ihrem Amt als Bundesministerin für Justiz

Der BSBD freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit

Seite 2

Peter Strobel übernimmt das Justizministerium im Saarland von Stephan Toscani

Feierliche Übergabe der Amtsgeschäfte

Seite 66

Sachsen-Anhalt sucht Nachwuchs für den Justizvollzug

Arbeitsplatz Knast – Land wirbt mit einer Kampagne um Anwärter

Seite 74

Das Ende des modernen Strafvollzuges?

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe

Baden-Württemberg

Brandenburg

Sachsen

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

1 Das Ende des modernen Strafvollzuges?

2 Herzlichen Glückwunsch Frau Bundesministerin Dr. Katarina Barley

2 Länderverbände des BSBD tagten in Prien am Chiemsee

4 Der Koalitionsvertrag aus seniorenpolitischer Sicht

4 Europa wächst zusammen – Themenland Slowakei

5 „Licht an – Ton ab – Kamera läuft! Gewerkschafter üben Umgang mit den Medien

LANDESVERBÄNDE

6 Baden-Württemberg

18 Bayern

19 Berlin

24 Brandenburg

27 Bremen

29 Hamburg

32 Hessen

40 Mecklenburg-Vorpommern

44 Niedersachsen

50 Nordrhein-Westfalen

64 Rheinland-Pfalz

66 Saarland

71 Sachsen

74 Sachsen-Anhalt

77 Schleswig-Holstein

80 Thüringen

FACHTEIL

86 Begriffsmerkmal der „Plötzlichkeit" im Dienstunfallrecht

ERSCHEINUNGSTERMIN
der Ausgabe 3/2018:
12. Juni 2018

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	N. N.	
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	**vollzugsdienst@bsbd.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	**Vorsitzende**	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Justizvollzug als länderübergreifende Herausforderung

Podiumsdiskussion im Justizministerium in BW

Von links nach rechts: Dr. Johann Endres, Leiter Kriminologischer Dienst BY – LRD Ernst Meier-Lämmermann, Leiter JVA Neuburg-Herrenwörth – Guido Wolf, Minister der Justiz BW und für Europa – Moderatorin Denise Maurer – Prof. Dr. Winfried Bausback, Staatsminister der Justiz BY – LRD Thomas Weber, Leiter JVA Bruchsal und Dr. Joachim Obergfell-Fuchs, Leiter Kriminologischer Dienst BW. *Foto: HP JuM BW*

Am 23. Februar 2018 trafen sich auf Einladung des baden-württembergischen Ministers der Justiz und für Europa **Guido Wolf** zahlreiche Gäste zu einer spannenden Podiumsdiskussion mit dem Thema Justizvollzug. Neben Experten aus Baden-Württemberg waren auch der bayerische Staatsminister der Justiz, **Prof. Dr. Bausback**, und weitere Referenten aus Bayern mit anwesend. Es wurde sehr intensiv über zwei Stunden zu verschiedensten Aspekten und den aktuellen großen Herausforderungen und Problemstellungen im Justizvollzug der Länder Baden-Württemberg und Bayern gesprochen.

Der **BSBD** war mit seinen beiden Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und **Michael Schwarz** bestens vertreten. **Alexander Schmid** war es auch, der zum Ende der Veranstaltung klarstellte, dass es nach Auffassung des **BSBD** zuerst einer sehr deutlichen weiteren Stärkung der Personalausstattung bedürfe, bevor neue Konzeptionen und Planungen, die der **BSBD** sehr begrüßt, zu einer weiteren Arbeitsverdichtung führen. Insbesondere an den Brennpunkten wie Stockwerken und Werkbetrieben, aber auch zu personalschwachen Zeiten wie Spät- und Nachtdiensten, seien die Grenzen des Machbaren schon jetzt mehr als erreicht. *(HP BSBD BW)*

Justizminister von Bayern und Baden-Württemberg, Prof. Dr. Winfried Bausback und Guido Wolf, diskutieren über aktuelle Herausforderungen im Justizvollzug

Prof. Dr. Winfried Bausback:
„Sicherer Justizvollzug ist zentraler Baustein für erfolgreiche Resozialisierung und damit für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger!“

Guido Wolf:
„Ich bin dankbar, dass wir den Austausch über unsere Erfahrungen auf allen Ebenen pflegen und gemeinsam nach den besten Lösungen suchen.“

Die Justizminister von Bayern und Baden-Württemberg, **Prof. Dr. Winfried Bausback** und **Guido Wolf**, haben am Freitag, 23. Februar 2018 mit hochrangigen Vertretern des Justizvollzugs über aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze im Justizvollzug diskutiert. Die Veranstaltung steht im Kontext des engen fachlichen Austauschs, den Bayern und Baden-Württemberg auch in Fragen des Justizvollzugs traditionell pflegen.

In seiner Einleitung betonte **Guido Wolf** die Bedeutung des Justizvollzugs für die Innere Sicherheit und würdigte die gute fachliche und rechtspolitische Zusammenarbeit der Länder Bayern und Baden-Württemberg: „Die aktuellen Herausforderungen im Justizvollzug treffen die Justizverwaltungen beider Länder in ähnlicher Weise. Daher bin ich dankbar, dass wir den Austausch über unsere Erfahrungen auf allen Ebenen pflegen und gemeinsam nach den besten Lösungen suchen.“

In der anschließenden Diskussion skizzierte **Prof. Dr. Bausback** die Herausforderungen für den Justizvollzug in Bayern: „Seien es nicht unerheblich gestiegene Gefangenenzahlen oder vermehrt Gefangene mit islamistischem Hintergrund: der Justizvollzug muss die richtigen Antworten geben. Denn ein sicherer Justizvollzug ist ein zen-

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 80 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ✆ 0800 - 77 88 000
NÜRNBERGER
Vermittelt: Karin Jäckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130/97572-30 · Fax 05130/97572-59 · E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

traler Baustein für die erfolgreiche Resozialisierung der Gefangenen und damit für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger!“

Guido Wolf pflichtete dieser Analyse für Baden-Württemberg bei und verwies ergänzend auf die gestiegenen Sprachbarrieren in Folge des stark gestiegenen Anteils ausländischer Gefangener: „Sprachlosigkeit führt zu Missverständnissen, Frustration, nicht selten auch zu Aggression und Gewalt. Sprache ist das beste Mittel zur Deeskalation. Daher müssen wir versuchen, kommunikative Brücken zu bauen und die Sprachlosigkeit zu überwinden.“

Im Weiteren diskutierten die Teilnehmer Lösungsansätze für die Herausforderungen. **Prof. Dr. Bausback** stellte dabei die vielfältigen bayerischen Bemühungen zur Deradikalisierung islamistischer Gefangener vor: „Das Phänomen, dass Islamisten gezielt versuchen, im Justizvollzug potentielle Kandidaten für den Dschihad anzuwerben, ist nicht neu. Wir schauen deshalb in Bayern in unseren Gefängnissen bei Islamisten und bei Personen, bei denen entsprechende Verdachtsmomente vorliegen, ganz genau hin. Wir tun mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen, zum Beispiel der Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus in meinem Haus, alles Mögliche, um etwaige Radikalisierungstendenzen frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.“

Guido Wolf schilderte die Erfahrungen im baden-württembergischen Justizvollzug mit dem Videodolmetschen für fremdsprachige Gefangene: „Um die Verständigungshürden zu überwinden haben wir im Jahr 2017 in einer Reihe von Justizvollzugsanstalten den Einsatz von Videodolmetschern erprobt. Damit können wir in kürzester Zeit Dolmetscher zuschalten und aufkommende Konflikte entschärfen. Die Erfahrungen waren so gut, dass wir das Videodolmetschen gerade auf sämtliche Justizvollzugsanstalten des Landes übertragen.“

Einigkeit herrschte schließlich darüber, dass trotz aller innovativen Lösungsansätze der Strafvollzug seine Aufgaben nur mit einer ausreichenden Personaldeckung erfüllen könne. **Bausback** abschließend: „Unsere gut ausgebildeten und hochmotivierten Bediensteten sind das Herzstück unseres Vollzugs. Ohne sie sind letztlich alle Maßnahmen nur Stückwerk! Es ist daher ganz wichtig, den Personalausbau der vergangenen Jahre auch in Zukunft fortzusetzen.“

(PM JuM BW vom 23.02.2018)

Reger Erfahrungs- und Informationsaustausch

Landesverbände des BSBD tagen in Prien am Chiemsee/Bayern

Vom 25. bis 28. Februar 2018 trafen sich Vertreter der Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen in Prien am Chiemsee.

Ziel dieser Tagung war vor allem der Informations- und Erfahrungsaustausch über die Ländergrenzen hinweg. Neben sehr informativen Berichten aus den verschiedenen Landesverbänden, stand ein sehr interessanter Vortrag des Personalreferenten **Ltd. Ministerialrat Krä** aus dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz ebenso auf dem Tagungsprogramm wie auch ein Besuch in der Justizvollzugsanstalt Bernau mit vielen eindrucksvollen Einblicken.

Für Baden-Württemberg nahmen die Kollegen **Mathias Vogginger, Harry Krüger** (beide vom Ortsverband Freiburg) und als Vertreter für den Landesvorstand **Andreas Rothböck** teil. Einen ausführlichen Bericht lesen Sie in der nächsten Ausgabe des **VOLLZUGSDIENST.**

BSBD-Ländertreffen 2018 in Prien am Chiemsee. *Foto: Heinrich Hödl*

Informationen für Versorgungsempfänger und Pensionsnahe Jahrgänge

BSBD-Landesverband BW kooperiert mit dem Seniorenverband ö. D. BW

Fragen über Fragen – wie sehen die Lösungen aus?

- Sind meine Versorgungsbezüge richtig berechnet?
- Wie hoch wird die Versorgung meiner Hinterbliebenen sein?
- Was darf ich im Ruhestand hinzuverdienen und was muss ich dabei beachten?
- Wer bietet mir – neben dem **BSBD** – auch im Ruhestand Beratung und Unterstützung bei meinen Fragen und Anliegen?
- Wo und wie kann ich mich im Ruhestand mit anderen Pensionären austauschen?
- Woher bekomme ich Informationen zu Änderungen der Beihilfe und Versorgung, wenn der regelmäßige Kontakt mit der Dienststelle wegfällt?
- Wer bietet mir auch im Ruhestand die Möglichkeit, an speziellen Seminaren und Tagungen für Ruhestandsbedienstete teilzunehmen?
- Wer unterstützt meine Hinterbliebenen nach meinem Ableben in beihilfe-, dienst- und versorgungsrechtlichen Fragen?

Seit der Föderalismusreform von 2006 sind wir als Landesbeamte und Pensionäre unmittelbar von den politischen Entscheidungen der Landesregierung in Stuttgart abhängig.

Wie kann ich mich da als einzelner Versorgungsempfänger gegen mögliche Kürzungen meiner Versorgung, Beihilfe oder sonstige einschneidende Verschlechterungen für Pensionäre durch

die Landesregierung wirkungsvoll zur Wehr setzen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sicher haben Sie sich die eine oder andere der anfangs aufgezählten Fragen auch schon mal selbst gestellt.

Wir als **BSBD** haben uns der Fragestellungen im Sinne unserer Mitglieder angenommen und freuen uns, Ihnen als zukünftige/n oder bereits im Ruhestand befindliche/n Kollegin und Kollegen ein – wie wir meinen – tolles Angebot als Problemlösung machen zu können.

Der „17. Delegiertentag" des **BSBD** in Schwäbisch-Gmünd im Oktober 2012 hat durch seinen Beschluss den Weg für eine intensive Zusammenarbeit – eine Kooperation – zwischen **BSBD** und **Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg** (früherer **BRH**) freigemacht.

Wenn Sie Mitglied des **BSBD**-Landesverbands Baden-Württemberg werden oder bereits sind, erhalten Sie bereits seit dem Jahr 2014 automatisch bei Eintritt in den Ruhestand die Doppelmitgliedschaft in beiden Fachgewerkschaften **BSBD** und **Seniorenverband ö.D. BW**

Mitglied im BSBD und im Seniorenverband ö.D. BW = Premiummitgliedschaft

Das bedeutet, bei bestehender beitragspflichtiger Mitgliedschaft im **BSBD** ist die zusätzliche Mitgliedschaft im Seniorenverband bei Ihrem Eintritt in den Ruhestand für Sie im bisherigen Mitgliedsbeitrag des **BSBD** eingeschlossen.

Als Beitrag für die Doppelmitgliedschaft brauchen Sie also nicht mehr zu bezahlen als denjenigen Beitrag, den Sie als Aktive/Aktiver bereits zuvor monatlich entrichtet haben. **Die darüberhinausgehenden zusätzlichen Kosten für Ihre Mitgliedschaft im Seniorenverband ö.D. BW übernimmt der BSBD Baden-Württemberg für Sie.** Selbstverständlich besteht auch weiterhin für Sie die Möglichkeit, nur als **BSBD**-Mitglied ohne Doppelmitgliedschaft organisiert zu bleiben. In diesem Fall bleibt es bei den bisherigen Beitragssätzen für Versorgungsempfänger von 6,25 Euro (mit Sterbegeldversicherung) und 5,75 Euro (ohne Sterbegeldversicherung).

Sollten Sie keine automatische Doppelmitgliedschaft bei Eintritt in den Ruhestand zu den genannten Konditionen eingehen wollen, teilen Sie dies bitte schriftlich oder in Textform per E-Mail der Landesgeschäftsstelle des **BSBD** (Widerspruch) mit.

Mitgliedsbeitrag Premium ab 01.01.2018 bei Eintritt in den Ruhestand – automatisch –	
Beamte Besoldungsgruppe A 6 bis A 8 und vergleichbare Angestellte – incl. Sterbegeld-	9,50 € monatlich
Beamte Besoldungsgruppe A 9 – A 12 und vergleichbare Angestellte – incl. Sterbegeld –	10,50 € monatlich
Beamte Besoldungsgruppe ab A 13 und vergleichbare Angestellte – incl. Sterbegeld-	11,50 € monatlich
Mitgliedsbeitrag ohne Premium-Leistungen (nur BSBD-Mitgliedschaft) bei Eintritt in den Ruhestand – bei schriftlichem Widerspruch gegen die Premiummitgliedschaft –	
Pensionäre/Rentner mit Sterbegeld	6,25 €
Pensionäre/Rentner ohne Sterbegeld	5,75 €

Kooperation des BSBD Landesverband Baden-Württemberg mit dem Seniorenverband ö.D. BW

*Bereits seit 1. März 2007 besteht zwischen dem **Seniorenverband öffentlicher Dienst** Baden-Württemberg und dem **BSBD** Landesverband Baden-Württemberg ein Kooperationsvertrag. Mit Eintritt in den Ruhestand werden die „Neupensionäre" des **BSBD** zusätzlich Mitglied im **Seniorenverband ö.D. BW**, dem Verband, der sich innerhalb des **BBW** ausschließlich für die Belange der Pensionäre, Rentner und deren Hinterbliebenen in Politik und Öffentlichkeit einsetzt.*

***Der Seniorenverband ö.D.** ist ihr kompetenter Ansprechpartner in allen versorgungs-, beihilfe-, rentenversicherungs-, krankenversicherungs-, pflegeversicherungs- und schwerbehindertenrechtlichen Fragen. Rechtsberatung und Rechtsschutz erhalten Sie über die Landesgeschäftsstelle des Seniorenverbands, wo sich exzellente Kenner des Beihilfe- und Versorgungsrechts Ihren Fragen und Problemen annehmen. Zu häufig vorkommenden Fragestellungen werden Informationsblätter vorgehalten.*

*Sollte sich Ihr Rechtsfall nicht auf der Verwaltungsebene klären lassen, so erhalten Sie über den Seniorenverband Rechtsschutz für das Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht. Der Umfang des Rechtsschutzes bestimmt sich nach der Rechtsschutzordnung des **BBW**. Die **dbb Dienstleistungszentren** werden mit der Durchführung beauftragt.*

*Über die aktuelle verbandspolitische Arbeit, Rechtsfragen, Rechtsprechung und vieles andere werden Sie durch das **„Seniorenmagazin öffentlicher Dienst BW"** – die kostenlose Mitgliederzeitschrift des Seniorenverbands – informiert. Daneben erhalten Sie natürlich weiterhin die Zeitschrift des **BSBD**: **„Der Vollzugsdienst"**.*

In seinen rund 70 Ortsverbänden bietet Ihnen der Seniorenverband informative Vorträge, gesellige Veranstaltungen und auch ein- bzw. mehrtägige Ausflüge an. Ein Angebot, das Sie gerne nutzen dürfen. Ihr örtlicher Vorsitzender freut sich darauf, Sie zu begrüßen.

*Daneben veranstaltet der Seniorenverband Seminare, in welchen er ausführlich über Rechtsänderungen oder Vorsorgemöglichkeiten wie z. B. Testament, Vorsorge- und Betreuungsvollmacht oder Patientenverfügung informiert, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch Internetseminare für Einsteiger und Fortgeschrittene werden über die **dbb Akademie** speziell für „Ältere" angeboten.*

Eins steht derzeit ohne Zweifel fest: wir können uns gegenüber der Politik nur durchsetzen, wenn wir als Aktive und Pensionäre zusammenstehen und ggf. der Politik ihre Grenzen aufzeigen.

Der Einzelne hat keine Chance seine Interessen durchzusetzen – nur durch gegenseitige Hilfe, geschlossene Solidarität und gemeinsames Auftreten können wir im Schulterschluss mit Aktiven Schlimmstes verhindern.

Seniorenverband öffentlicher Dienst BW

BSBD Gewerkschaft Strafvollzug

Profitieren auch Sie von der Partnerschaft Ihres Berufsverbandes mit dem Seniorenverband ö.D. und werden Sie Premiummitglied!

Überzeugt? Dann besuchen Sie unsere Homepage **www.bsbd-bw.de** und klicken auf **„Mitglied werden“**. Einfach Formular herunterladen, ausfüllen und an die **BSBD-Landesgeschäftsstelle, Moserstraße 26, 70182 Stuttgart senden** – oder bei Ihrem **BSBD-Ortsverband persönlich abgeben.**

Eine wichtige Bitte zum Schluss: unterrichten Sie uns möglichst zeitnah über eventuelle Änderungen Ihrer Anschrift und Kontoverbindung, nur so können Sie vom umfangreichen Service profitieren!

Ihr BSBD Landesverband Baden-Württemberg

Ihr
Georg Konrath
Landesseniorenvertreter

Ihr
Alexander Schmid
Landesvorsitzender

P.S. Der Landesverband des **BSBD** wird unter Leitung des Landesfachgruppensprechers **Georg Konrath** am **2. Oktober 2018 erneut eine Tagung für Pensionsnahe Jahrgänge** anbieten.
Alle weiteren organisatorischen Schritte hierzu folgen noch, bitte sehen Sie also derzeit von Nachfragen hierzu ab. Wir wollen Sie nur schon jetzt über den Termin informieren, um zu zeigen, dass wir dauerhaft an dieser Thematik dranbleiben.
Ganz sicher werden wir wieder erstrangige Referenten haben, die sich freuen, Ihre Fragen zu beantworten.

Zum Thema:

Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Ausgleich von Bereitschaftsdienst

hier: Musterklage

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des BSBD,
ich will Ihnen kurz einen Sachstand zur Thematik **„Musterklage“ wegen beantragten rückwirkenden vollumfänglichen Vergütungen von geleisteten Bereitschaftszeiten** geben. Nachdem sich mittlerweile das **dbb**-Dienstleistungszentrum Südwest in Mannheim (**DLZ**) und das Justizministerium Baden-Württemberg auf die notwendigen Formalien geeinigt haben, dürften nun in allernächster Zeit den Dienststellen die Bescheide an alle Antragsteller zugestellt werden. Sie brauchen nach jetzigem Stand nur Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid mit dem Musterformular, welches Ihnen gleichzeitig von der Dienstelle zugehen wird, einzulegen und dann den Gang der Musterklage, die wir vom **BSBD** mit Hilfe des **DLZ** und eines Musterklägers von einer JVA des Landes führen werden, abzuwarten – also insoweit sehr „verbraucherfreundlich“.
Ich danke schon jetzt den Ortsverbänden, die den **BSBD**-Landesverband bei der Suche nach einem Musterkläger so erfolgreich unterstützt haben, und insbesondere dem gefundenen Kollegen für seine sofortige Bereitschaft, als Musterkläger in dieser enorm wichtigen Sache für alle in die Bresche zu springen.

Alexander Schmid, Landesvorsitzender

Zum Thema:

Lange Wartezeiten bei Beihilfebescheiden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des BSBD,
nachdem sich zahlreiche unserer Mitglieder mit Beschwerden über lange Bearbeitungszeiten für Beihilfebescheide des **LBV** an den **BSBD** gewandt haben, habe ich versucht, mir ein Bild von der aktuellen Situation zu machen.

Fakt ist, dass derzeit unübersehbar Probleme im LBV vorliegen dürften. Dies ist sowohl dem hohen Eingang an Post und E-Mails zum Jahreswechsel als auch dem uns ja schon bekannten „Hackerangriff“ auf das LBV geschuldet, der – ebenfalls zum Jahreswechsel – zu einem längeren Komplettausfall führte und die ohnehin schon angespannte Situation noch verschärfte. Am wenigsten können für diese Situation die Kolleginnen und Kollegen des LBV, die vor Ort den Kopf förmlich hinhalten müssen und dessen Personalausstattung allein dem Finanzministerium obliegt.

Wir haben dies aber zum Anlass genommen, zusammen mit dem **BBW** und insbesondere unserem Kooperationspartner – dem Seniorenverband – ein Spitzengespräch zwischen den Verbänden und dem **LBV** anzuberaumen, um nach nachhaltigen Problemlösungen zu suchen. Es soll also nicht nach Schuldigen gesucht, sondern Lösungen gefunden werden, die unseren Kolleginnen und Kollegen helfen, die auf eine zeitnahe und vollumfängliche Kostenerstattung angewiesen sind.

Wir oder unsere gewerkschaftlichen Partner werden wieder hierzu weiter berichten.

Alexander Schmid
Landesvorsitzender

Der Seniorenverband kümmert sich

Bearbeitungszeit von Beihilfeanträgen

In den letzten Tagen, Wochen und bereits seit Monaten erreichten uns viele kritische Rückmeldungen über die Leistungen des **LBV.** Ich stellte fest: Es gab immer mal wieder Kritik und Erregung über lange Bearbeitungszeiten bei Beihilfeanträgen.

Aber der „Druck im Kessel“ ist offenbar noch nie so hoch gewesen. Der Seniorenverband nahm nach mehreren Telefonaten auf der Sachbearbeiter-Ebene Mitte Februar 2018 Kontakt mit der **LBV**-Spitze auf und bat dringend um ein kurzfristig zu vereinbarendes Gespräch. Am Freitag, **23. Februar 2018,** trugen wir vom Seniorenverband und vom **BBW** auf Einladung der **LBV-Präsidentin Lessli Eismann** unsere Anliegen im **LBV** vor.

In die inhaltliche Vorbereitung schaltete sich auch **Alexander Schmid,** Landesvorsitzender des **Bundes der Straf-**

vollzugsbediensteten und Mitglied der **BBW**-Landesleitung, mit guten Vorschlägen ein. Der **BBW**-Landesvorsitzende **Kai Rosenberger** wurde informiert. Die Mitglieder der Delegation: **Waldemar Futter, Joachim Lautensack** (auch für die Landesleitung des **BBW**), **Ulrike Schork, Karl Schüle** und **Kurt Schulz** sowie **Lothar Reimann**.

Fazit: Der Seniorenverband nimmt die Anliegen seiner Mitglieder auf, führt Gespräche mit den zuständigen Behörden als anerkannter Gesprächspartner in enger Kooperation mit dem **BBW**, weil fast alles, was wir fordern oder kritisieren, auch die aktiven Beihilfeberechtigten betrifft. Ich hoffe, dass wir mit dazu beitragen können, dass die Leistungsfähigkeit des **LBV** wieder verbessert wird, dass die aktuellen Missstände schnellstmöglich beseitigt werden und dass bei teuren chronischen Erkrankungen neue Wege der Beihilfeerstattung gefunden werden, die die Beihilfeberechtigten finanziell und zeitlich entlasten. Da bin ich, wie bei dem Einstieg in die Direktabrechnung zwischen Krankenhaus und **LBV** auf Anregung von **Heinz Fliege**, guten Mutes. Und vergessen wir eines nicht: auch die Beschäftigten im **LBV** sind unsere Kollegen: Beamtinnen und Beamte oder Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes. Sie stehen zurzeit im Kreuzfeuer der Kritik.

Waldemar Futter. *Foto: HP Sen Verband*

Gefragt ist die Fürsorgepflicht des Dienstherrn für alle im öffentlichen Dienst aktiv oder ehemals Beschäftigte. Wir werden im Seniorenmagazin ausführlich darüber berichten.

Waldemar Futter

PM des BBW vom 10. Februar 2018

BBW-Chef Rosenberger trifft Staatsminister Murawski

Im Fokus: die Arbeitszeit der Beamtenschaft, die Beihilfe, die Besoldung und die TVöD-Einkommensrunde 2018

Der Stuttgarter Tarifabschluss in der Metallindustrie sei ein deutliches Signal an die Politik, das **Thema Arbeitszeit** endlich anzupacken, sagt der renommierte Arbeitsmarktexperte **Alexander Spermann**. **BBW**-Vorsitzender **Kai Rosenberger** sieht das genauso, insbesondere was die Arbeitszeit der Beamten im Landes- und Kommunaldienst von Baden-Württemberg betrifft. Die müssen nämlich im Südwesten eineinhalb Stunden länger arbeiten als die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst. „Das muss ein Ende haben“, sagt **Rosenberger** und verspricht: Das Thema Arbeitszeit werde eines der Schwerpunktthemen sein, die er am 15. Februar 2018 mit Staatsminister **Klaus-Peter Murawski** erörtern werde. Mindestens ebenso großen Stellenwert misst **Rosenberger** den Themen Beihilfe, Beamtenbesoldung und dem Auseinanderdriften der Gehälter im Tarif- und Besoldungsgefüge zu.

Seit fünf Jahren bekommen alle Beamtinnen und Beamte, die zum Stichtag 01.01.2013 die Beamtenlaufbahn eingeschlagen haben, weniger **Beihilfe,** genauer gesagt, sie erhalten für ihre berücksichtigungsfähigen Ehegatten und eingetragene Lebenspartner nur noch 50 Prozent Beihilfe, für sie persönlich wurde die Beihilfe im Ruhestand auf 50 Prozent abgesenkt. Seit Inkrafttreten dieser Regelung fordert der **BBW** deren Rücknahme.

Jetzt bekam der Beamtenbund Rückenwind durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs (**VGH**) Baden-Württemberg. Unter diesem Gesichtspunkt will **Rosenberger** die Beihilfeforderung seiner Organisation mit Staatsminister Murawski erörtern.

Seit Fertigstellung des **Färber-Gutachtens** steht fest, dass Beamtinnen und Beamte der **Besoldungsstufen A 5 bis A 7,** die in Großstädten des Landes mit ihren Gehältern eine Familie unterhalten müssen, teilweise das Sozialhilfeniveau reißen. Damit schrammt die Besoldung für diesen Personenkreis an der Verfassungsmäßigkeit. Das darf nicht sein. Deshalb will **BBW**-Chef **Rosenberger** gegenüber Staatsminister **Murawski** für eine „kleine Dienstrechtsreform“ werben, die eine Überarbeitung der Besoldungstabelle beinhalten sollte, auch im Hinblick auf die neue Entgeltordnung im Tarifbereich.

Thematisieren wird **Rosenberger** natürlich auch die Forderung des **dbb** zur **TVöD-Einkommensrunde 2018,** die seit (08.02.2018) auf dem Tisch liegt. Demnach fordert der **dbb** für die 2,6 Millionen Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen 6 Prozent mehr Gehalt, bei einer Mindesterhöhung von 200 Euro als sozialer Komponente.

Der **dbb** Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** erklärte im Zusammenhang mit der Einkommensforderung seiner Organisation, Bund und Kommunen sollten in dieser Einkommensrunde ein

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997
Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“
Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.
Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.
Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

BSBD Gewerkschaft Strafvollzug
Kompetenz & Augenmaß für den Strafvollzug
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
www.bsbd.de

Nach getaner Arbeit in Berlin – von links: BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger; Volker Geyer, stellv. dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik; BBW-Vize Jörg Feuerbacher; dbb-Vize und DSTG-Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler.

Zeichen für eine wirklich nachhaltige Personalpolitik setzen. 6 Prozent linear, mindestens aber 200 Euro als soziale Komponente, für Auszubildende 100 Euro: Mit einer solchen Einkommensentwicklung könne man die Attraktivität und die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst sichern. Eine Sache der Fairness und Wettbewerbsfähigkeit sei übrigens auch die **zeit- und inhaltsgleiche Übertragung** des Tarifergebnisses **TVöD** auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes.

Inhaltsgleiche Übertragung ist ein Gebot der Fairness

Das sieht **BBW**-Chef **Kai Rosenberger** ähnlich. Und so erinnert er die Landesregierung in diesem Zusammenhang noch einmal daran, dass sie diesem Gebot der Fairness bei der Übertragung des Tarifergebnisses TV-L auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen seit vielen Jahren nicht mehr nachgekommen sei. Hinzu komme die unterschiedliche Wochenarbeitszeit.

Im Klartext: In Baden-Württemberg gilt für Beamtinnen und Beamte seit September 2003 die 41-Stunden-Woche, während die Tarifbeschäftigten nur 39,5 Stunden in der Woche arbeiten müssen.

Kai Rosenberger fordert eine zügige Angleichung. In den meisten Bundesländern gelte für den Beamtenbereich die 40-Stunden-Woche. Baden-Württemberg müsse schnellstmöglich nachziehen, um bei der Suche nach Arbeitskräften wettbewerbsfähig zu bleiben. Einen ersten Vorstoß für eine Angleichung der Arbeitszeit hat der neue **BBW**-Vorsitzende im Dezember beim **BBW**-Gewerkschaftstag 2017 in Ludwigsburg gemacht. Jetzt will er beim Treffen mit Staatsminister **Klaus-Peter Murawski** nachlegen.

BBW-Chef fordert die zügige Angleichung der Arbeitszeiten

Bleibt abzuwarten, wie sich die Landesregierung positionieren wird. Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** schien in den zurückliegenden Wochen aufgeschlossen für dieses Anliegen. Finanzministerin **Edith Sitzmann** hingegen zeigt wenig Begeisterung für dieses Thema. Es gebe keine Pläne der Landesregierung, die Arbeitszeit der Beamten zu verringern, sagte sie gegenüber der *Stuttgarter Zeitung* und den *Stuttgarter Nachrichten*.

Trotz der ablehnenden Worte aus dem Finanzministerium beharrt **BBW**-Chef **Kai Rosenberger** auf seiner Forderung. Eine Angleichung der Arbeitszeiten sei überfällig und zwar ohne Gegenleistung, betont der **BBW**-Vorsitzende.

Einhergehen müsse diese Maßnahme mit einem Personalaufbau. Es könne und dürfe nicht sein, dass die Beschäftigten nach einer Arbeitszeitverkürzung das gleiche Arbeitspensum zu verrichten hätten.

Argumentationshilfe für seine Forderungen verspricht sich der **BBW**-Vorsitzende vom Stuttgarter Tarifabschluss in der Metallindustrie, den IG Metall und Arbeitnehmerverband übereinstimmend als „Grundstein für ein innovatives Arbeitszeitsystem“ loben. Dieser Abschluss zollt nämlich der Tatsache Rechnung, dass heute Teilzeitmöglichkeiten und Vereinbarkeit von Beruf und Familie allein nicht mehr ausreichen, um einen Arbeitsplatz für Bewerber attraktiv zu machen. Für **Rosenberger** steht außer Frage, dass Freizeit, die fest einzuplanen ist, hinzukommen muss. Kurz: Die Work-Life-Balance muss stimmen.

Seit 8. Februar steht die Forderung des **dbb** zur Einkommensrunde **TVöD** 2018 fest: 6 Prozent mehr Geld, mindestens aber 200 Euro für die 2,6 Millionen Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. Aus Baden-Württemberg waren an der gemeinsamen Forderungsfindung im Bundesvorstand und der Bundestarifkommission **BBW**-Chef **Kai Rosenberger** und sein Stellvertreter für den Tarifbereich **Jörg Feuerbacher** beteiligt.

Jörg Feuerbacher war als Tarifvertreter des **BBW** mit dabei bei der gemeinsamen Forderungsfindung der BTK (Bundestarifkommission) und des BuVo (Bundesvorstand).

Nachruf

Am 20. Februar 2018 verstarb unser ehemaliger Kollege

Werner Boschert

im Alter von 67 Jahren.

Während seiner Tätigkeit in der JVA Offenburg
haben wir ihn als fleißigen und zuverlässigen Kollegen
kennen- und schätzen gelernt.
Durch sein stets freundliches und hilfsbereites Wesen hat er sich die
Zuneigung aller erworben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Mitglieder des
BSBD-Ortverbandes Offenburg

28 Gefangene in Baden-Württemberg haben einen islamistischen Bezug

t-online/dpa 16.02.2018

Die Zahl islamistischer Häftlinge in Baden-Württemberg steigt. Unter den aktuell 28 wegen islamistischer Auffälligkeiten unter Beobachtung stehenden Gefangenen seien 12 wegen extremistischer Straftaten oder einem entsprechenden Tatverdacht in Haft, teilte das Justizministerium in Stuttgart mit. Bis zum Jahr 2015 gab es nach jüngsten Daten lediglich eine einstellige Zahl entsprechender Beobachtungsfälle. Im Südwesten gibt es zurzeit insgesamt rund 7.200 Gefangene.

Guido Wolf (CDU) spricht während eines Interviews. *Foto: Sebastian Gollnow/dpa)*

Justizminister **Guido Wolf (CDU)** sagte, die Beamten, die ohnehin großen Belastungen ausgesetzt seien, stelle das vor weitere Herausforderungen. „Wir tun alles, um Anzeichen für eine islamistische Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und dieser entschieden entgegenzutreten.“ So wird demnach schon beim Neuzugang von Gefangenen auf entsprechende Kandidaten ein besonders Auge geworfen. In allen Gefängnissen des Landes gibt es nach Angaben des Ministeriums besonders geschulte Beamte, die als Strukturbeobachter eingesetzt werden. Bei radikalislamistischen Auffälligkeiten würden in der Regel auch Einschätzungen des Verfassungsschutzes auf der Grundlage von Gesprächen erstellt.

Nicht unproblematisch: Imame im Gefängnis

- **Muslimische Seelsorger mit Nähe zu radikalen Gruppierungen**
- **Landesweit: 13 Geistliche haben Arbeit neu aufgenommen**

Baden-Württemberg will muslimische Seelsorger für Gefangene in Zukunft selbst ausbilden. „Der Bedarf ist vorhanden und wir haben ein großes Interesse daran, die Seelsorger, die in den Gefängnissen predigen, möglichst gut zu kennen und einschätzen zu können“, sagte Justizminister **Guido Wolf (CDU)** der *„Schwäbischen Zeitung“*. Einer der Gründe für diese Einschätzung: drei

von 16 Teilnehmern eines ersten Kurses für Imame wurden von den Sicherheitsbehörden wieder abgezogen. Sie haben Kontakt zu islamistischen Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

2016 startete der erste Ausbildungskurs für muslimische Gefängnis-Seelsorger. Im Auftrag des Landes organisierte das Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog die Fortbildungen.

Referenten aus dem Justizvollzug, dem Justizministerium und vom Zentrum für islamische Theologie der Universität Tübingen schulten die Teilnehmenden 16 Wochen.

Drei Bewerber ausgeschlossen

Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) begrüßt es grundsätzlich, dass Bundesländer sich um die Ausbildung von Seelsorgern bemühen. Die meisten der vom Land geschulten Seelsorger engagieren sich in muslimischen Gemeinden, sind dort aber nicht unbedingt Prediger. Die Bewerber haben ein halbes Jahr in einer der 17 Justizvollzugsanstalten im Land hospitiert. Seit 2017 arbeiten sie in den Gefängnissen und betreuen jene 26 Prozent der 7.100 Gefangenen, die sich als Moslems bezeichnen. Sie sind bei dem Mannheimer Institut angestellt, das Land finanziert Honorare und Fahrtkosten mit 100.000 Euro pro Jahr.

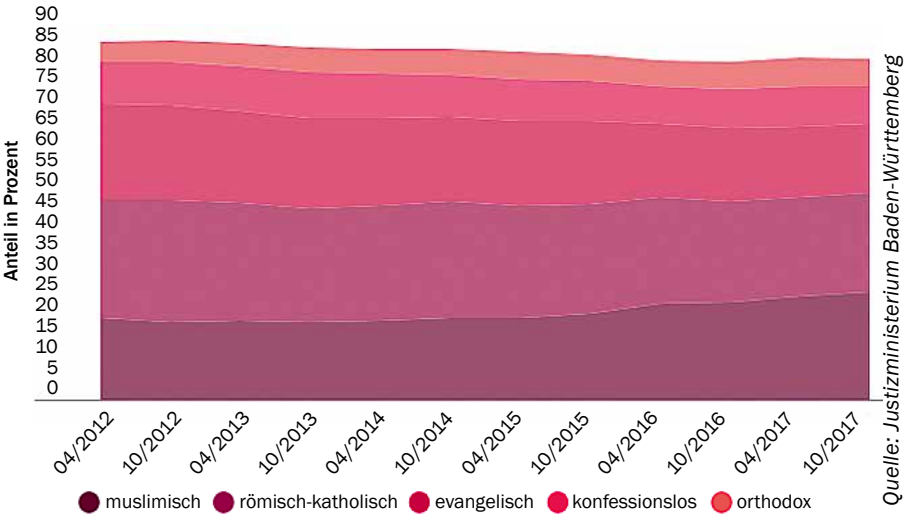
Allerdings wurden nicht alle der 16 Absolventen vom Verfassungsschutz überprüft – so wie die übrigen muslimischen Seelsorger, die bereits ehrenamtlich in den JVAs Gefangene betreuen. Das holten die Behörden nach dem Amtsantritt von **CDU**-Mann **Wolf** nach.

Kritik an ehrenamtlichen Imamen

Ergebnis: drei der Seelsorger hatten laut Verfassungsschutz und Landeskriminalamt Kontakte zu islamistischen Organisationen, vor allem zur Organisation **Milli Görüs**. 2500 Anhänger zählte der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg im Jahr 2016. **Milli Görüs** leistet Bildungs- und Vereinsarbeit für türkische Migranten. „Während die Organisation nach außen hin moderat auftritt, weist sie nach innen Merkmale eines geschlossenen, ganz auf die muslimische Weltgemeinschaft ausgerichteten Systems auf“, warnt der Verfassungsschutz.

Die drei Seelsorger dürfen nun nicht in die Gefängnisse. „Natürlich wäre es sinnvoll gewesen, die Bewerber gleich zu Beginn zu überprüfen“, so ein Sprecher des Justizministeriums. Das werde bei möglichen weiteren Kursen geschehen, ebenso wie bei allen anderen muslimischen Seelsorgern in den Haftanstalten. Neben den vom Land ausgebildeten Geistlichen arbeiten noch einmal bis zu 20 Prediger ehrenamtlich in JVAs.

Gefangenenanteil nach Konfessionen



Anteil der Gefangenen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten nach Konfession (in Prozent). Zu hundert Prozent fehlende Angaben: jüdisch, Sonstige und keine Angaben.

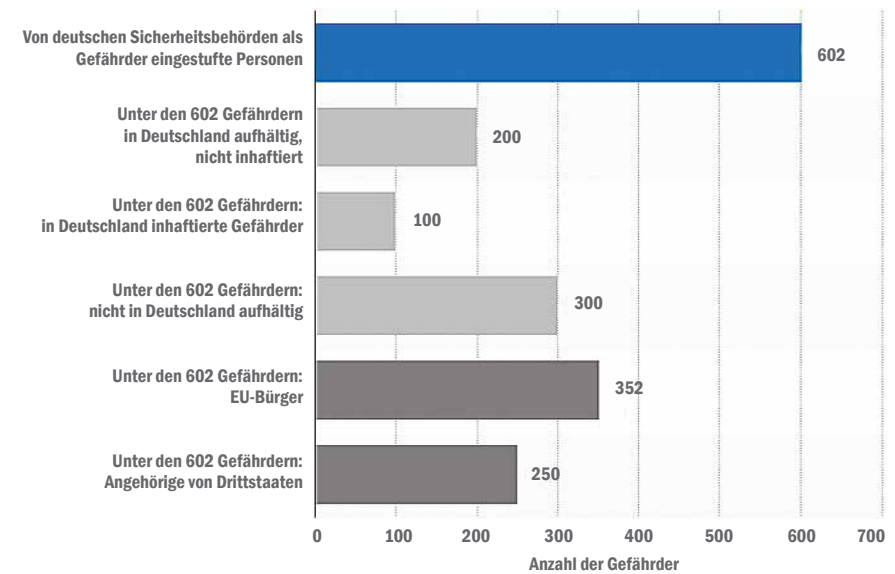
Nur ausgebildete Imame in die Gefängnisse

Diese beobachtet **Alexander Schmid**, Landeschef des **Bunds der Strafvollzugsbediensteten**, skeptisch. „Ich habe in der JVA Konstanz Imame erlebt, von denen wir nicht wussten, was die da eigentlich tun.“ Die Geistlichen hätten zu wenig Deutsch gesprochen, um sich mit den JVA-Bediensteten zu unterhalten. Sie hätten auch nicht auf Deutsch gepredigt. Dennoch hält **Schmid** es für wichtig, dass sich Seelsorger um Gefangene kümmern. „Wenn Häftlinge keine professionellen Betreuer finden, wenden sie sich mit Sorgen an Mitgefangene. Und was die vermitteln, können wir kaum kontrollieren“, so **Schmid**. Er fordert, nur noch vom Land ausgebildete Imame in die Gefängnisse zu lassen. Diese dürfen in der Regel nur auf Deutsch predigen.

Justizminister **Wolf** will rasch nur noch Seelsorgern Zutritt gewähren, die eine Ausbildung des Landes absolviert haben. Im Frühjahr lässt er die Arbeit der 13 Ausgebildeten evaluieren. Sollte sich herausstellen, dass diese den Bedarf in allen Gefängnissen decken, wären ehrenamtliche Imame bald in den Haftanstalten nicht mehr erforderlich.

(aus: Schwäbische Zeitung Ravensburg vom 06.02.2018 Autorin: Katja Korf)

Anzahl der in Deutschland bekannten sowie der sich in Deutschland aufhaltenden islamistischen Gefährder im Jahr 2017 (Stand: 08. März)



Quelle: HP Statista – Das Statistik-Portal

Gefängnisbau Rottweil:

Jury siebt aus 50 Vorschlägen 21 aus

Preisgericht schaut sich Arbeiten von Architekten und Landschaftsplanern an

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) in Rottweil (Baden-Württemberg). *Foto: Patrick Seeger/Archiv ©*

(SchwaBo/HeuBo) „Für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Rottweil hat das Preisgericht nach intensiven Beratungen aus mehr als 50 eingegangenen Arbeiten von Bewerbergemeinschaften aus Architekten und Freianlagenplanern 21 grundsätzliche Lösungsmöglichkeiten ausgewählt. Diese werden nun in der zweiten Phase des Realisierungswettbewerbs weiter vertieft.

Die Jury war aus freien Architekten und Freianlagenplanern, Vertretern des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg, der Stadt Rottweil, des Staatsministeriums, des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums der Justiz und für Europa hochrangig besetzt. Vorsitzender des Preisgerichts war Dipl.-Ing. **Wolfgang Riehle** aus Reutlingen. „Das große Interesse der Architektinnen und Architekten an dieser komplexen Aufgabe unterstreicht den hohen Stellenwert des Projekts in der Öffentlichkeit.

Mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Rottweil wird die Vollzugslandschaft in Baden-Württemberg neu aufgestellt. Kleine und unwirtschaftliche Justizvollzugsanstalten können dann aufgegeben werden“, sagte Finanzstaatssekretärin **Gisela Splett.**

„Wir haben Neuland betreten mit der umfassenden Bürgerbeteiligung und dem daraus entstandenen Architekturwettbewerb für ein Gefängnis. Der Mut hat sich ausgezahlt“, so die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung **Gisela Erler**. Der Minister der Justiz und für Europa, **Guido Wolf,** sagte: „Wir freuen uns sehr über die zahlreichen eingereichten Vorschläge. Das Projekt kann jetzt endlich Fahrt aufnehmen. Die neue Justizvollzugsanstalt hat zentrale Bedeutung für den Vollzug in Baden-Württemberg. Entsprechend groß ist unser Interesse, dass schnellstmöglich mit den konkreten Planungen und dem Bau begonnen wird.“

„Gute Entscheidung“

Rottweils Oberbürgermeister **Ralf Broß** betonte: „Es war eine gute Entscheidung des Landes, einen Architekturwettbewerb auszuloben und dabei weitgehend die Ergebnisse aus den Bürgerbeteiligungsrunden zu berücksichtigen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist eine architektonisch ansprechende Gestaltung und eine möglichst landschaftsverträgliche Einbettung der Justizvollzugsanstalt auf dem Esch wichtig.“

Bei der jetzt abgeschlossenen ersten Phase lag der Schwerpunkt des Wettbewerbs auf der Einbindung der Justizvollzugsanstalt in die Landschaft und auf dem Umgang mit der Natur. In der zweiten Phase des Wettbewerbs sollen dann die ausgewählten Konzepte vertieft werden. Die zweite Preisgerichtssitzung ist im Juni 2018 vorgesehen.

Nach dem positiven Bürgerentscheid am 20. September 2015 war ein offener, zweiphasiger, interdisziplinärer Planungswettbewerb für den Neubau der Justizvollzugsanstalt mit 500 Haftplätzen ausgelobt worden.

Hier sollen in der Zukunft Strafgefangene aus den Zuständigkeitsbereichen der Landgerichte Rottweil, Hechingen, Konstanz und Waldshut untergebracht werden.“

(aus: Heuberger Bote vom 16.12.2017 – Autor: sbo)

—

Bei aller Affinität und Zuneigung zu Ästhetik sowie zu Natur- und Touristik-Komptabilität sollte beim Bau einer JVA aber der Vollzugspragmatismus nicht auf der Strecke bleiben. ***(BSBD LV)***

Die Kosten für das neue Gefängnis in Rottweil explodieren

„Das geplante Gefängnis in Rottweil wird nach einem Medienbericht wesentlich teurer als bisher bekannt. Aktuell läuft ein Wettbewerbsverfahren für den Neubau mit 500 Plätzen, bei dem eine Kostenobergrenze von 118 Millionen Euro angegeben ist. Inzwischen geht die Landesregierung aber von bis zu 200 Millionen Euro Gesamtkosten aus. Entsprechende Informationen der *„Südwest Presse“* vom Samstag bestätigte das Finanzministerium.

„Die Kosten werden insbesondere wegen der besonderen Anforderungen des ausgewählten Standorts und anderen projektspezifischen Besonderheiten auf voraussichtlich rund 180 bis 200 Millionen Euro steigen“, teilte ein Sprecher auf Nachfrage mit. Wirklich sicher könnten die Zahlen aber erst geliefert werden, wenn die Planungen konkretisiert werden. Probleme bereitet offenbar der gewählte Standort. Dieser sei aufgrund seiner Hanglage, dem Baugrund und geringer Erschließung eine besondere Herausforderung.

Im Südwesten gibt es 17 Justizvollzugsanstalten (JVA) mit 18 Außenstellen. Zudem stehen ein Justizvollzugskrankenhaus und eine sozialtherapeutische Anstalt für die Gefangenen bereit. Zum Stichtag 30. April 2017 waren 7.442 Gefangene in Baden-Württembergs Justizvollzugsanstalten, davon 1.850 Untersuchungsgefangene und 5.336 Strafgefangene.“

(aus: SWP 23.02.2018 – swr AKTUELL Online 24.02.2018)

Folgende Dimensionen von Gefängnisneubauten werden dem Gewann „Esch“ von Rottweil mit absoluter Gewissheit erspart bleiben und sie lassen auch die hin und wieder geforderte „Haftverbüßung in der Heimat“ in einem ganz anderen Licht erscheinen!

Türkei:

Erdogan will Mega-Gefängnisse für 20.000 Menschen bauen

Autor: Tibor Martini, 07.02.2018

—

Das größte Gefängnis Europas steht schon heute in der Türkei. Weil die Auslastung der Gefängnisse inzwischen mehr als 110 Prozent beträgt, sollen nun 100.000 weitere Plätze geschaffen werden – viele davon in extrem großen Strafkolonien. Die enorme Auslastung der türkischen Gefängnisse liegt an zwei Punkten: Zum einen sind durch die Verhaftungswellen der letzten Jahre immer mehr Insassen in den Gefängnissen. Gleichzeitig sank in den letzten Jahrzehnten die Anzahl der Haftanstalten dramatisch.

Neue Gefängnisse wegen hoher Auslastung

Durch die hohe Auslastung der Gefängnisse arbeitet die Türkei inzwischen an neuen Baukonzepten. Der Gefängniskomplex Silivri nahe Istanbul bietet Platz für 11.000 Gefangene. In den nächsten fünf Jahren sollen weitere Mega-Gefängnisse entstehen. ***(Quelle: dpa)***

Die meisten dieser neuen Gefängnisse sollen nach Informationen des *SRF* fernab von bewohnten Gebieten entstehen und Platz für 10.000 Häftlinge, 6000 Angestellte sowie deren Familien bieten. Ursache der neuen Gefängnis-Pläne sind vor allem die Verhaftungswellen der letzten Jahre. So hat sich die Zahl der Insassen laut der unabhängigen Website prisonstudies.org von ca. 60.000 im Jahr 2004 auf zuletzt fast 160.000 gesteigert. Alleine von 2013 auf 2014 stieg die Anzahl der Inhaftierten um mehr als 10 Prozent.

Während die Anzahl der Inhaftierten immer weiter anstieg, sank gleichzeitig die Anzahl der Haftanstalten – von 651 Gefängnissen im Jahr 1991 auf inzwischen nur noch 384 Haftanstalten. Mit dieser Entwicklung stellt die Türkei einen krassen Kontrast zu Europa dar – hier geht der Trend zu kleineren Gefängnissen mit besserer Betreuung.

Zum Vergleich: Der türkische Gefängniskomplex Silivri ist bereits heute die größte Haftanstalt Europas und kann ca. 11.000 Gefangene unterbringen. In Deutschland sind die größten Gefängnisse die JVA Bielefeld-Senne mit 1.676 Insassen und 420 Angestellten sowie die JVA München („Stadelheim“) mit bis zu 2.100 Insassen. Auch die Zahl der Häftlinge sinkt in Europa – Schätzungen besagen, dass seit dem Jahr 2000 ca. 20 Prozent weniger Häftlinge in Europa einsitzen.

(Quelle.: t-online.de>Home> Panorama>Justiz>)

Der Gefängniskomplex Silivri nahe Istanbul bietet Platz für 11.000 Gefangene. In den nächsten fünf Jahren sollen weitere Mega-Gefängnisse entstehen. *(Quelle: dpa)*

Von rechts: Ortsverbandsvorsitzender Dirk Honigmann, Selbstschutzleiter Josef Bulling und Patrick Streicher. *Foto: BSBD LV*

Ortsverband Schwäbisch Gmünd

Josef Bulling für langjährigen Einsatz geehrt

Josef Bulling, langjähriges Mitglied des **BSBD-Ortsverbands Schwäbisch Gmünd,** wurde am 13. November 2017 für seinen kontinuierlichen Einsatz im Behördenselbstschutz und als aktiver Atemschutzgeräteträger bei der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd geehrt. Nach 31 Jahren legte Herr **Bulling** das Amt des Atemschutzgeräteträgers nun nieder.

Ortsverbandsvorsitzender **Dirk Honigmann** und Selbstschutzleiter **Patrick Streicher** bedankten sich bei Herrn **Bulling** für sein langjähriges Engagement und die hervorragende Zusammenarbeit. Sie überreichten ihm als Anerkennung einen Fotokalender sowie einen mit goldenen Lorbeeren versehenen Feuerwehrhelm.

AG Vollzugsdienst im Justizvollzug

Stellenanhebung im mittleren Vollzugsdienst fehlt

Der Stellenzuwachs wird positiv aufgenommen

Am 5. Oktober 2017 fand die AG-Tagung „Vollzugsdienst im Justizvollzug“ in der JVA Schwäbisch Gmünd statt.

An dieser Stelle bedanken wir uns für die professionelle Begleitung dieser Tagung bei unserer Kollegin **Karin Maier** und – letztmalig in ihrem aktiven Dienst – bei unserer Kollegin **Marita Tisljar.** Wie immer haben wir uns sehr wohl und gut aufgehoben gefühlt. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Tagungsleiter wurden die aktuellen Aktivitäten des **BSBD**-Landesverbands vom stellv. Landesvorsitzenden **Michael Schwarz** vorgestellt und von der täglichen Arbeit auch im politischen Raum berichtet. Viele Fragen, die bereits in der Fachgruppe angeklungen waren, wurden in der folgenden Diskussion ausführlich behandelt und wie immer dann direkt unserem stellv. Landesvorsitzenden mit auf dem Weg gegeben. Da wir auf die allgemeine Situation im Vollzug wahrlich nicht mehr ausdrücklich hinweisen müssen, konnten wir uns weiteren wichtigen Themen, die den Kolleginnen und Kollegen in den Anstalten unter den Nägel brennen, widmen.

V.l.n.r.: Kollege Schwarz, Kollegin Maier, Kollege Zielinski, Kollege Reichle, Kollege Jurak, Kollege Scheike, Kollege Bayer, Kollege Thiel, Kollege Baumann. *Foto: BSBD-AG*

Dies waren unter anderem:

- die teils schwierige Mitarbeitergewinnung, die durch die „reduzierten“ Anwärtersonderzuschläge nicht erleichtert wird,
- die materielle Ausstattung z. B. in Hinblick auf Technik und Hilfsmittel,
- die Probleme der Dienstunfallanerkennung bei aus unserer Sicht offensichtlicher Sachlage und – damit verbunden – der immer noch nicht umgesetzte titulierte Schmerzensgeldanspruch.
- Der Stellenzuwachs wird natürlich positiv aufgenommen, jedoch fehlt jetzt mehr wie zuvor eine ordentliche Durchschlüsselung bzw. Stellenanhebung im mittleren Vollzugsdienst.

Da unser zweiter Fachgruppensprecher leider aus zeitlichen Gründen in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen kann, war das Dauerthema der Besetzung der offenen Posten von Fachgruppensprechern einmal mehr ein Problempunkt.

Inzwischen hat sich aber auch hier erfreulicherweise eine Lösung gefunden, über die wir nach der nächsten Tagung berichten werden.

Jürgen Scheike und Martin Jurak, Fachgruppensprecher

Hans Karl und Reiner Bittner seit über 40 Jahren im BSBD

Alexander Schmid gibt einen Überblick über zahlreiche Aktivitäten des Landesverbandes

Am 7. Februar 2018 wurde die Jahreshauptversammlung 2018 des BSBD-Ortsverbands Stuttgart vom Vorsitzenden Hardy Wolf um 16:30 Uhr eröffnet. Begrüßt wurden hierbei vom dbb-Vorsorgewerk Herr Zeiss und Herr Assenza sowie unser Landesvorsitzender Alexander Schmid. Weiterhin begrüßt wurden der Personalratsvorsitzender der JVA Stuttgart Andreas Ehresmann mit seinen Personalratsmitgliedern Angela Fuchs und Andreas Schlott, das Vorstandsmitglied der Kantinengemeinschaft Wolfgang Andorka sowie der ehemalige Vorsitzende des BSBD-Ortsverbandes Stuttgart Hans Karl.

Erfreulich war, dass neben den Mitgliedern des Ortsverbandes Stuttgart auch einige Kolleginnen und Kollegen des Bildungszentrums des Justizvollzuges der Einladung gefolgt waren.

Nachdem die Tagesordnung genehmigt worden war, brachten die Gäste des **dbb-Vorsorgewerks**, die Herren **Zeiss** und **Assenza**, durch ihren Vortrag die Augen der anwesenden Gäste zum Leuchten. Wertvolle Informationen rund um das **dbb-Vorsorgewerk**, welches neben kostenlosen Versicherungschecks für **BSBD**-Mitglieder auch die schon vielerorts bekannten Vorteile der **dbb-Einkaufswelt** und spezielle Kfz-Kaufmodelle mit Mitgliedervorteilen anbietet, wurden ausführlich dargestellt. Mit Herrn **Assenza** gibt es nun auch einen Vor-Ort-Berater des **dbb-Vorsorgewerks** in Stuttgart, der gerne für Informationen und Auskünfte zur Verfügung stehen wird. Kontaktdaten können über den Ortsverband erfragt und für Mitglieder des **BSBD** exklusiv angeboten werden. Danach wurde vom Vorsitzenden **Hardy Wolf** der Rechenschaftsbericht abgegeben, welcher sehr kurz ausfallen konnte, da im Anschluss der **BSBD**-Landesvorsitzende **Alexander Schmid** einen ausführlichen Bericht vortrug. Der OVV **Hardy Wolf** ging auf die Mitarbeiterbefragung Justizvollzug und deren positive Auswirkungen ein. In der Besuchsabteilung wurden überdimensional große Bilder zur Verschönerung der Besuchsräume angebracht und – besonders wichtig – für die Auszubildenden wurde eine Art Kleiderkammer eingerichtet, die es diesen ermöglicht, ihre spärliche Ausrüstung durch freiwillige Spenden der

V.l.n.r.: Alexander Schmid, Andreas Ehresmann, Hardy Wolf, Thomas Bentele, Hans Karl, Wolfgang Andorka und Reiner Bittner. *Foto BSBD-OV*

Kollegen aufzufüllen. Landesvorsitzender **Alexander Schmid** konnte mit seinen Themen einen Überblick über die zahlreichen Aktivitäten des Landesverbandes des **BSBD** geben.

Diese waren in Stichworten:

Landespolitik mit der Expertenkommission; gewerkschaftliche Kooperationen; Hauptpersonalrat beim Justizministerium, Zusammenarbeit mit den Personalräten; Gespräche im Ministerium; Beförderungssituation der neuen Kollegen; Anwärtersonderzuschlag und abgesenkte Beihilfeleistungen auf dem Rücken der Bediensteten; Neustellen im Landeshaushalt; Kontakt mit den Medien u.v.a.

Diese Informationen waren für die zahlreichen Anwesenden höchst interessant und zeigten die hohe Bedeutung einer gut funktionierenden Gewerkschaft auf.

Anschließend hatten Ortsverbandsvorsitzender Hardy Wolf und Landesvorsitzender Alexander Schmid die ehrenvolle und erfreuliche Aufgabe, Ehrungen des Ortsverbandes Stuttgart für langjährige Gewerkschaftsmitglieder vorzunehmen.

Geehrt wurden:
Thomas Bentele für über **25-jährige** Mitgliedschaft, **Wolfgang Andorka** und **Andreas Ehresmann** für über **30 Jahre** Mitgliedschaft und **Hans Karl** und **Reiner Bittner** für über **40 Jahre** Mitgliedschaft im **BSBD.**

Ein weiteres Highlight wartete auf die Anwesenden nach dem offiziellen Teil der Hauptversammlung: Schweinelendchen mit Spätzle und Soße sowie freie Getränke sorgten noch für einen langen geselligen Abend.

Ortsverband Schwäbisch Gmünd

Ehrung und Wahl neuer Fachgruppenvertreter

Die Mitgliederversammlung fand am 13. Dezember 2017 statt

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd wurden folgende Mitglieder geehrt:

Herr **Peter Graule** wurde für seine **40-jährige Treue** zum **BSBD** geehrt. Herr **Wilfried Schaaf**, der leider bei der Mitgliederversammlung nicht anwesend sein konnte, wäre für seine **25-jährige Mitgliedschaft** im **BSBD** geehrt worden.

OVV Dirk Honigmann und Jubilar Peter Graule.

Gruppenbild mit den Geehrten. *Fotos (2): OV SchwGm*

Folgende Fachgruppenvertreterinnen und -vertreter wurden neu gewählt:

- **Cornelia Hander** (Psychologischer Dienst)
- **Oliver Wahl** (Pädagogischer Dienst)
- **Karin Maier** (Weibliche Bedienstete)
- **Edina Basic** (Weibliche Bedienstete, Stellvertreterin) und
- **Lisa Koch** (Junge Bedienstete).

Der Vorstand des Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd möchte sich an dieser Stelle für die Bereitschaft, sich im **BSBD** zu engagieren, herzlich bedanken.

Ein herzliches „Dankeschön“ geht auch an die scheidende Fachgruppenvertreterin **Marita Tisljar** (Weibliche Bedienstete) und den scheidenden Fachgruppenvertreter **Thomas Egler** (Junge Bedienstete) für das bisherige ausgezeichnete Engagement.

Einer für Alle.

Werben Sie für Ihre Fachgewerkschaft ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

... und der dbb belohnt Sie mit einem Wertscheck und verlost unter allen Werbern zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis.

(Aktionsschluss: 28. Februar 2019)

Infos:
www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon: 030. 4081 - 40
Fax: 030. 4081 - 5599
E-Mail: werbeaktion@dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

dbb WERBEAKTION 2018

Fotos: Colourbox.de, Collage: Jacqueline Behrendt (dbb)